W-01-058-2

Recht auf Wohnen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Christian Kühn (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu W-01

Von Zeile 57 bis 60 einfügen:
Ursache des Fehlens von preisgünstigem Wohnraum ist der Rückzug der öffentlichen Hand aus dem sozialen Wohnungsbau und die massenhafte Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände in den letzten drei Jahrzehnten. Die Folgen spüren wir heute: Von damals 3,6 Millionen Sozialwohnungen sind heute weniger als 1,2 Millionen übrig. Wir Grünen werden uns deshalb in Zukunft gegen weitere Verkäufe kommunaler und staatlicher Wohnungen wehement wehren. Es sind diese Fehler der Vergangenheit, die sich heute rächen. Eine Studie gibt den bundesweiten Bedarf an günstigen

Begründung

Die heutige Krise auf dem deutschen Wohnungsmarkt ist ohne die Privatisierung staatlicher und kommunaler Wohnungsunternehmen nicht zu erklären. Es braucht nach drei Jahrzehnten Privatisierung ein klares Bekenntnis gegen den weiteren Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände.

weitere Antragsteller*innen

Katy Mietzger (KV Potsdam); Katja Dörner (KV Bonn); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Kai Gehring (KV Essen); Julia Gerometta (KV Berlin-Pankow); Thomas Schremmer (Hannover RV); Kai Zaschel (KV Dortmund); Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sven Lehmann (KV Köln); Krister-Benjamin Schramm (KV Oldenburg-Stadt); Julia Verlinden (KV Lüneburg); Miriam Erbacher (KV Rhein-Erft-Kreis); Wulf Winter (KV Berlin-Mitte); Monika Wiebusch (KV Kassel-Stadt); Astrid Tag (KV Berlin-Pankow); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Gabriele Frenzer-Wolf (KV Böblingen)